Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags —6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die 5spaltige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 353. Montag den 19. December 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nach §. 4 des nachstehend abgedruckten Regulativs der Friedensstiftung sind die Unterstützungen aus dieser Stiftung am Tage des Friedensschlusses, sonach am 2. März zu vertheilen, und fordern wir daher Diejenigen, welche um solche Unterstützungen nachsuchen wollen, hierdurch auf, ihre Gesuche bis zum 31. Januar 1882 mit den nöthigen Bescheinigungen bei uns einzureichen.

Spätere Anmeldungen würden für diesmal unberücksichtigt bleiben müssen.

Im Uebrigen verweisen wir auf unsere nachstehend wieder abgedruckte Bekanntmachung vom 21. Juni 1875.

Leipzig, den 14. December 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Lamprecht.

Bekanntmachung.

Nachdem wir die Bestimmungen des Regulativs für die Friedensstiftung der Stadt Leipzig in einigen Puncten unter Zustimmung der Stadtverordneten abgeändert haben, bringen wir das abgeänderte Regulativ nachstehend zur allgemeinen Kenntniß.

§. 1. Der Zinsfuß des Stiftungscapitales an 60,000 Mk. wird auf 5 Procent jährlich festgesetzt. Die Zinsen laufen vom 1. Januar 1871 an.

§. 2. Die Zinsen werden verwendet zur Unterstützung solcher in Leipzig wohnhafter Invaliden und Angehörigen von Gefallenen oder verstorbenen Invaliden aus dem Kriege 1870/71, die einer Hilfe dringend bedürfen.

§. 3. Ueber die Gewährung der Unterstützung beschließt eine aus je 3 Mitgliedern des Raths und der Stadtverordneten zu bildende Deputation.

§. 4. Die Vertheilung der Unterstützungen finden regelmäßig alljährlich am Tage des Friedensschlusses statt; ausnahmsweise können Unterstützungen auch außer dieser Zeit nach Ermessen der Deputation gewährt werden.

§. 5. Ueber Einnahmen und Ausgaben wird der Rath alljährlich Rechnung ablegen.

§. 6. Abänderungen dieses Regulativs bleiben den übereinstimmenden Beschlüssen des Raths und der Stadtverordneten vorbehalten.

Leipzig, den 21. Juni 1875.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Koch. G. Mechler.

Vermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatze.

In obiger Fleischhalle sollen die **Abtheilungen Nr. 8 und 11** und zwar

erstere vom 30.
letztere „ 24. } **dieses Monats an** gegen **einmonatliche Kündigung** anderweit an die **Meistbietenden vermiethet** werden und haben wir hierzu Versteigerungstermin auf

Dienstag, den 20. dieses Monats
Vormittags 11 Uhr

an Rathsstelle, Rathhaus I. Etage, Zimmer Nr. 17, anberaumt.

Ebendaselbst auf dem großen Saale können die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen schon vor dem Termine eingesehen werden.

Leipzig, den 10. December 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Steß.

Bekanntmachung.

Im Besitze zweier bisher Schulknaben gehörender **Bücher**
Im Lande der Pankees v. Kohlfarth
und
Die Reise wider Willen, illustrirt v. Doré,
— beide eleganten, mit Goldschnitt — vorgefunden worden.

Die Bücher sind dem Vermuthen nach irgendwo gestohlen worden und ersuchen wir daher den Eigenthümer, sich ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zu melden.

Leipzig, am 15. December 1881.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Richter. Dr. D.

Sitzung des ärztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig

Donnerstag den 22. December, Abends 6 Uhr,
im Saale der Ersten Bürgerschule.

Tagesordnung: 1) Cassenbericht und Feststellung der Beiträge für 1882. 2) Wahl der Vereins-Beamten und -Ausschüsse, sowie der Delegirten zum Kreisvereins-Ausschuß und zum Gesundheits-Ausschuß. — Schluß des Wahlactes 7 Uhr. Die etwa erst nach 7 Uhr sich einfindenden Mitglieder sind von der Abstimmung ausgeschlossen.

Dr. Pless.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 19. December.

Der **kirchenpolitische Antrag des Centrums** richtet sich gegen ein Gesetz, das verhältnißmäßig wenig zur Anwendung gekommen ist und praktisch eine geringere Bedeutung besitzt als die meisten Culturkampfgesetze. Die Aufhebung dieses einzelnen Gesetzes kann den Ultramontanen unmöglich so sehr am Herzen liegen; nicht hier liegt der Schlußpunct der kirchenpolitischen Frage, sondern in den preußischen Kirchengesetzen, insbesondere dem über die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen. Jenes Reichsgesetz würde von selbst fallen oder inhaltlos werden, wenn über die betreffende preußische Gesetzgebung eine Verständigung erzielt wäre. Der Zweck des Windthorst'schen Antrages geht daher offenbar auch über die Beseitigung dieses einzelnen Gesetzes hinaus; er will Klarheit in die Lage bringen; er will die Regierung und die conservativen Parteien nöthigen, Farbe zu bekennen, er will die stockende kirchenpolitische Frage wieder in Fluß bringen, er will eine Untersuchung des Terrains darstellen und den Anhängern im Lande eine thatsächliche Leistung des Centrums darbieten. Daß der Antrag im Einvernehmen mit dem Reichskanzler gestellt ist, wird man wohl bezweifeln dürfen; auf conservativer Seite soll man wenigstens von demselben keineswegs erbaut sein. Man wird wohl auch fragen dürfen, ob er die Verhandlungen mit der Curie nicht in einer den Absichten des Centrums wenig förderlichen Weise durchkreuzt. Was aber auch die Absicht und der Erfolg des Windthorst'schen Antrags sein mag, der Schwerpunct der großen Frage liegt offenbar im preußischen Abgeordnetenhaus; dort erst wird der vage Begriff „Revision der Maigesetze", zu der man sich jetzt von allen Seiten bereit erklärt, mit einem bestimmten positiven Inhalt sich füllen. Was jetzt im Reichstag geplant wird, ist nur das Vorgefecht für eine große Schlacht auf anderem Schauplatz.

In der am 16. December unter dem Vorsitze des Staatsministers von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths theilte der Vorsitzende zunächst die in der Plenarsitzung des Reichstags vom 13. d. M. in Betreff der Errichtung eines Reichstags-Gebäudes gefaßten Beschlüsse mit, und behielt sich vor, wegen der Zahl und der Auswahl der aus dem Bundesrathe zu wählenden Mitglieder der nach Maßgabe dieser Beschlüsse zu bildenden Grunderwerbs- und Bau-Commissionen in einer der nächsten Sitzungen weitere Vorschläge zu machen, hierauf schritt die Versammlung zu der wegen Ablaufs der Amtsdauer erforderlichen Neuwahl der vom Bundesrath zu wählenden Mitglieder der Reichsschulden-Commission. Einige Gesuche von Privaten, betreffend die Zollauflagen von Kesseln und Gabeln aus verzinntem Eisenblech, die Verzollung von Fleischpreserven in Blechbüchsen, und die Abänderung der Vorschriften zur Ausführung des Tabaksteuergesetzes, wurden gemäß den Anträgen der Ausschüsse ablehnend beschieden.

Die Hamburger Commission nahm das Gesetz betr. den Reichszuschuß für den Hamburger Zollanschluß mit 19 gegen 5 Stimmen in zweiter Lesung an mit der Resolution, auszusprechen, daß die Befreiung von jeder zollamtlichen Behandlung für die zwischen der See und dem Freihafengebiet Hamburgs und umgekehrt unter Zollflagge und Leuchte transitirenden Schiffe eine dauernde Einrichtung sein werde und dieselbe, falls sie sich später als ungeeignet erweisen sollte, nur durch eine solche Einrichtung ersetzt werde, welche keine größere Erschwerung des Transitverkehres mit sich bringt.

In der „Post" findet sich wieder ein Artikel über die Papstfrage, oder, wie es heute specieller lautet, die „römisch-deutsche" Frage. Am Schlusse heißt es: Diese römisch-deutsche Frage sei auch durch eine innerdeutsche Frage bedingt: das Verhältniß des deutschen Reiches zu seiner particularistischen Opposition, die sich unter den Mantel der römischen Kirche flüchtet und den Einfluß des römischen Klerus in Deutschland zu ihrer kräftigsten Stütze zu machen verstanden hat." Man sieht, es steckt Methode dahinter. Wenn man nur sicher wüßte, woher diese Stimme schallt, dann würde man über die Bedeutung des Falles Windthorst vielleicht nicht mehr zweifelhaft sein.

Aus Cattaro wird vom 15. d. telegraphisch berichtet, daß die Lage der Dinge in der Krivoscie noch keineswegs eine beruhigende sei. Am 11. d. ist wieder ein Zusammenstoß zwischen einer Gensdarmen-Patrouille und einer bewaffneten Bande erfolgt, wobei erstere ihrer geringen Zahl wegen sich zurückziehen mußte, nachdem zwei Mann der Patrouille verwundet wurden. — Im Hafen von Cattaro sind drei österreichische Kriegsdampfer: „Andreas Hofer", „Pelikan" und „Ragusa" mit Truppen und Kriegsmaterial eingelaufen. Auch eine Abtheilung von 112 Mann Gensdarmen ist in Cattaro eingetroffen, welche nach der Krivoscie bestimmt sind. Man glaubt indeß, daß es während des Winters zu keinen entscheidenden Operationen gegen die rebellischen Gebirgsbewohner kommen dürfte, da die verschneiten Saumwege schwer aufzufinden und Vorkehrungen zur Verpflegung der Truppen überaus schwierig durchzuführen sind.

Aus Gatschina wird gemeldet: Bekanntlich führt bei Gatschina sowohl die Warschauer wie die Baltische Bahn vorbei. Wie verlautet, soll jetzt von beiden Bahnen ein besonderer Schienenstrang bis dicht an das Palais des Czaren angelegt werden, womit die Wagenzügen von dem Palais zu den betreffenden Bahnhöfen für die kaiserliche Familie in Wegfall kommen würden. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß wahrscheinlich das kaiserliche Hoflager nur während des Weihnachts- und Neujahrsfestes in Petersburg abgehalten wird, dann aber nach Gatschina für den Winter und das Frühjahr zurückkehren würde. Die bezüglichen Dispositionen können aber jeden Augenblick eine Aenderung erleiden. Die Legung der Schienenstränge soll von Mannschaften des Eisenbahnbataillons ausgeführt werden. General Skobeleff war am Mittwoch in besonderer Audienz vom Kaiser empfangen worden. Der General tritt jetzt einen mehrmonatlichen Urlaub an, besucht erst sein Gut im Rjäsan'schen Gouvernement und geht dann nach Paris.

Die rumänische Deputirtenkammer setzte am Sonnabend die Berathung über den Adreßentwurf fort. Der Ministerpräsident Bratiano erklärte, indem er auf die Ausführungen des oppositionellen Deputirten Lahovari antwortete und auf den angeblich verletzenden Ton der auf die Donaufrage bezüglichen Stelle der Thronrede anspielte: „Ich habe die Geschichte meines Landes und die Geschichte der Nachbarländer studirt, ich werde also niemals das Geringste thun, was einer Beleidigung des Hauses Habsburg gleichen könnte, denn Dies hieße gleichzeitig gegen die Geschichte verstoßen. Ich weiß, daß in schweren Momenten der türkischen Invasion, als der Halbmond Europa bedrohte, das Haus Habsburg das Bollwerk der Christenheit, die Vorhut der abendländischen Civilisation war. (Anhaltender Beifall.) Alle Christen, welche auf das Machtgebiet der Habsburger flüchteten, fanden nicht nur ein Asyl zur freien Ausübung ihrer Religion, sondern auch zur Entwickelung ihrer Nationalität. Unser nationales Erwachen kam uns von jenseits der Karpathen, von den Rumänen, welche Maria Theresia nach Rom schickte und die dort lernten, Rumänen zu sein. Kann man nach alledem glauben, daß ich nur einen einzigen Augenblick daran denken könnte, die Majestät des Kaisers von Oesterreich zu beleidigen? Seien Sie überzeugt, der Kaiser selbst glaubt es nicht. Nein! Es war niemals die Absicht der rumänischen Regierung, die österreichische Regierung irgendwie zu verletzen, für welche wir eine große Verehrung hegen. Wären wir aber unbedachtsam genug gewesen, hätten wir so wenig geschichtliche Einsicht gehabt, so wenig Erhaltungstrieb besessen, um eine Großmacht zu verletzen, glauben Sie, daß unser König es gestattet hätte, welcher eine wahrhafte Verehrung und innige Freundschaft für den Kaiser hegt. Gefühle, welche nicht nur dem Könige persönlich eigen, sondern traditionell in der Familie Hohenzollern-Sigmaringen herrschend sind!" Einstimmiger Beifall begleitete diese schönen „Worte".

Reichstag.

Der Reichstag erneuerte am Sonnabend zunächst auf Antrag des Abg. v. Bennigsen das Mandat des Präsidiums durch Acclamation und setzte alsdann die Etatsberathung bei der Position „Zölle und Verbrauchssteuern" fort. Der Titel „Zölle" wurde nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte wegen der Forderung für die Kosten des Zollanschlusses der Unterelbe an die Budgetcommission zurückverwiesen, da weder von dieser noch von der Hamburger Commission diese streitige Rechtsfrage gelöst worden. Bei der Tabaksteuer entspann sich eine lange Verhandlung über dieses brennende Thema.

Abg. Schneider (Karlsruhe, nationalliberal): In den weitesten Kreisen hat die immer wiederkehrende Furcht vor Einführung des Tabaks-Monopols die Bevölkerung der tabakbauenden Districte dergestalt beunruhigt, daß das Vertrauen zu Handel und Verkehr Abbruch erleidet und erwartet werden muß, daß die nächsten Jahre statt einer zu erhoffenden Mehr-Einnahme an Staatssteuern ein Minus bringen werden. Die Einführung des Tabakmonopols kann bei dem Zerrütten des Wohlstandes ganzer Kreise unmöglich den Nationalwohlstand heben, und es ist erklärlich, daß die Neigung des durch nich vertretenen Wahlkreises gegen die Tabaksteuer wächst, wenn, wie das thatsächlich ist, in einzelnen Ortschaften desselben ein Viertel bis ein Fünftel der Einwohner bereits dem Ruin zugeführt worden sind. In den Berichten der Enquete-Commission von 1878 sind die großen Nachtheile hervorgehoben, die speciell für Baden aus der erhöhten Tabaksteuer bereits entstanden sind, wie dieselben Berichte zu auch offen klar legen, daß durch Lähmung der früher blühenden Industrie die Staats-Einnahmen sich verringert haben. Dieses, in Baden bereits bestehenden Verhältnissen analog müßten sich die Reichs-Einnahmen bereits verringern, wollte man das projectirte Tabaksmonopol auf das Reich ausdehnen. Die Regierung spricht immer davon, durch Erlaß der Grund- und Gebäude-Steuer, Ueberweisung von Armen- und Schul-Lasten die Lage der Communen bessern zu wollen, beabsichtigt aber trotzdem, den Communen die Unterhaltung arbeits- und erwerbsloser Familien en masse aufzubürden. Die Sympathie, welche man in meinem engeren Vaterlande dem Reiche seiner Zeit entgegengebracht hat, fänge an bedenklich ins Schwanken zu kommen, und will man dieselben nicht ganz zerstören, möge man vor Allem aufhören, neue Befürchtungen durch die projectirte Einführung des Tabaksmonopols in das Land zu streuen. (Beifall links.)

Staatssecretär im Reichsschatzamt Scholz: Ich lasse es dahingestellt, ob die zweite Berathung des Etats der geeignete Tummelplatz für die von dem Herrn Vorredner gemachten Ausführungen ist. Möge sich jeder Redner seine auf das Tabaksmonopol bezüglichen Worte sparen, bis eine diesbezügliche Vorlage an das Haus gebracht sein wird, die vorzeitige Debatte darüber wird der Regierung nicht angenehm sein können.

Der Präsident constatirt, daß es Sache des Hauses resp. seines Präsidenten ist, zu prüfen, in wie weit einem Redner das Wort zu belassen und wie weit die Diskussion auszudehnen sei. (Bravo und Beifall links.)

Abg. Lohren (freiconservativ) führt aus, daß es allerdings richtig sei, wenn in einzelnen Theilen Deutschlands die beabsichtigte Einführung des Tabaks-Monopols auf einige Bedenken stoße und die Tabaksteuer hin und wieder kleine Kreise in bedrängte Lage gebracht habe. Die Sache werde aber in der gegnerischen Presse zu sehr aufgebauscht, denn die Berichte der Fabrik-Inspectoren aus dem letzten Jahre ergeben gerade, daß die Lage der in den Tabaksfabriken beschäftigten Arbeiter sich materiell gebessert hat und viele durch Einstellung von Fabriken brodlos gewordene Arbeiter wieder Beschäftigung gefunden haben. Das Tabaksmonopol werde neue Einnahmen bringen, welche zur Durchführung der von Sr. Majestät gewünschten socialen Reformen gebraucht werden, und aus diesen Gründen müsse jedem wohlmeinenden Staatsbürger eine solche Vorlage sympathisch erscheinen. In der Bevölkerung herrsche auch weniger Furcht vor dem Tabaksmonopol, als der Wunsch nach Besserung der Wiesengeschäfte; um die Wiederherstellung des sozialen Friedens zu fördern, die Pläne der Regierung auf Staatshülfe für die Armen und Schwachen, auf Invaliditätsversorgung, zu unterstützen, habe die conservative Partei des Hauses keine Veranlassung, einer etwaigen Vorlage des Monopols gegenüber sich ablehnend zu verhalten und wer ein Herz für das Leiden der Armen habe, werde sich mit ihr identificiren. (Rechts: Zur Sache! Zur Sache!) Von dem Abg. Hasenclever habe er (Redner) erwartet, daß derselbe als Vertreter der socialistischen Partei die Gelegenheit mit Freuden ergreifen werde, eine von der Regierung angestrebte Besserung der Arbeiterlage herbeizuführen. Der Abg. Richter habe immer betont, daß es Aufgabe jeder Partei sein müsse, ihr Möglichstes zur Lösung culturellerer Aufgaben beizutragen. (Rufe links! Lebhaft!) — Der Präsident ersucht den Redner, bei der Sache zu bleiben. — Abg. Lohren (fortfahrend): Der Freihandel hat es schon einmal erfahren, daß die Einführung des Tabaksmonopols in Preußen dem Staate Wohlstand und nicht unbeträchtliche Einnahmen gebracht hat. König Friedrich der Große hatte das Monopol eingeführt, die es unter Friedrich Wilhelm II. dem Freihandel wiederum gelang, zur Herrschaft zu gelangen. (Rufe links: Zur Sache.) Damals wie heute gab es eine Partei, die auf den Thronwechsel spekulirt (stürmische Unterbrechung und Lärmen links. Rufe: Frechheit! pfui! Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Franckenstein ertheilt den Ordnungsruf nicht.

Abg. Lohren: Ich habe keine Partei dieses Hauses oder Deutschlands gemeint, sondern nur den Freihandel als solchen bezeichnen wollen.

Präsident ersucht den Abg. Lohren nunmehr wiederholt, bei der Sache zu bleiben.

Abg. Lohren: Es ist mir unmöglich, ohne auf den Gegenstand zurück zu kommen, mich über die Vorlage auszulassen, zumal wenn ich fortwährend unterbrochen werde. (Redner verläßt die Tribüne.

Abg. Sander (nationalliberal): Der Vorredner habe entschieden sehr viel über Freihandel und Schutzzoll, aber nichts Wesentliches vom Tabak gesagt; die bloße Behauptung, daß das Tabaksmonopol den socialen Frieden herbeiführen werde, sei ja kaum diskutabel. Das Tabaksmonopol scheine mehr und mehr als „Mädchen für Alles" (Heiterkeit) betrachtet zu werden. Im Einzelnen verbreitet sich der Vorredner auf die Beschwerden, welche die tabakbauenden Bezirke über die Art der Erhebung der Tabaksteuer in großer Menge vorgebracht gezwungen sind. Die Ermittelung des Fermentirten Tabaks, das Zählen der Tabaksblätter, die sonstigen Controlemaßregeln führten zu den unerträglichsten Vexationen der Tabakbau treibenden Landbevölkerung, und die erzeugte Unzufriedenheit könne keinem deutschen Patrioten erwünscht sein. Auch die Bestimmungen des Tabaksteuergesetzes über die Rückvergütung seien an vielfachen Härten, deren Abhelfung dem Bundesrath dringend ans Herz zu legen sei. Trete Abhülfe nicht ein, so werde das Volk in Baden mehr und mehr dem Verdacht anheimfallen, daß man es absichtlich mürbe machen wolle; und selbst einen bösen Schein dieser Art sollte die Reichsregierung zu vermeiden beflissen sein. (Bravo links.)

Abg. Kapfer (Mannheim, Volkspartei). Schon der letzte Reichstag habe sich mit großer Majorität gegen die Einführung des Monopols erklärt; er glaube, nach den Ergebnissen der Neuwahlen als sicher annehmen zu können, daß in diesem Reichstage ein Antrag auf Einführung desselben mit noch viel größerer Majorität verworfen werden würde. Die fortdauernde Beunruhigung der Privatindustrie und der Tabakbauer durch das Monopolproject und die verwerflichen Manipulationen der Straßburger Tabakmanufactur habe auch der jüngst in Berlin versammelt gewesene Deutsche Handelstag mit sehr großer Mehrheit zum Gegenstande einer eindringlichen Vorstellung an die Reichsregierung gemacht. Im Einzelnen unterstützt Redner nachdrücklich die Klagen der Vorredner über Belästigungen bei der Controle namentlich beim Blätterzählen, die keine Controle, wohl aber eine unerträgliche Quälerei für die Producenten sei.

Director im Reichsschatzamt Burchard: Die Regierung sei stets im höchsten Grade bemüht gewesen, die Ermittelungen der steuerpflichtigen Tabakmenge und die Controlehandhabung so wenig drückend als möglich zu gestalten. Allerdings liege bei dem hohen Steuersatz die Versuchung leicht nahe, größere oder kleinere Quantitäten der Besteuerung zu entziehen und so werde die Controle leicht sehr lästig empfunden. Die Zählung der Blätter sei allerdings mit der Gewichtsabschätzung durch das Gesetz zugelassen; bei der Abschätzung in Baden zum Beispiel hätten sich so colossale Irrthümer herausgestellt, daß der Landesbehörde gezwungen war, im eigenen Interesse der Blätterzählung den Vorzug zu geben. Ueber die bevorstehende Einführung des Monopols könne er nichts sagen, dem Bundesrathe liege ein entsprechender Gesetzentwurf nicht vor.

Abg. Frhr. v. Ow (Freudenstadt, freiconservativ) constatirt, daß der Abg. Lohren nicht im Namen der deutschen Reichspartei, sondern nur in eigenem Namen gesprochen habe; in Württemberg seien allerdings die Sympathien für das Tabaksmonopol stets sehr stark gewesen, weil man von ihm vor Allem die Beseitigung der drückenden Matrikularbeiträge erhofft habe; er müsse aber constatiren, daß, seitdem man das Monopol mit dem patrimonium pauperiatis verknüpft habe, diese Sympathien sehr erkaltet sind. (Hört, hört!) Im Namen des größten Theiles der Reichspartei habe er zu erklären, daß sie die Verquickung des Monopols mit den socialpolitischen Reformen ablehnt. (Beifall links.)

Abg. Dr. Hüter: Die Fortschrittspartei werde der Rechten und dem Abg. Lohren, der hier von der Freihandelspartei, die auf einen Thronwechsel spekulire, auf dieses Gebiet nicht folgen und weise einen betrübenden Ton der Debatte weit von sich.

Abg. Goldschmidt lenkt die Aufmerksamkeit der Regierungen auf den §. 27 des Tabaksteuer-Gesetzes, welcher die Surrogate steuerfrei lasse; Redner producirt eine Anzahl Päckchen, die als Rauchtabak verkauft werden, aber nichts als geschnittene Rübenblätter enthalten. Auf die Dauer werde hierdurch der Steuerertrag des Reichs ein erheblicher Betrag entgehen.

Bundes-Commissar Director Burchard: Die Reichsregierung hat der bewußten Erscheinung schon lange ihre Aufmerksamkeit zugewendet, die bisherigen Ermittelungen haben aber die Nothwendigkeit gesetzlichen Einschreitens noch nicht ergeben.

Nachdem noch Abg. Walter im Interesse des Königreichs Sachsen sich entschieden gegen das Monopol und gegen die rücksichtslose Härte bei der Durchführung des Tabaksteuergesetzes ausgesprochen, schließt die Debatte.

Eine längere Debatte technischen Inhalts rief sodann der Titel: „Rübenzuckersteuer" hervor. Bei dem Titel „Brausteuer" wurde ein gesetzliches Verbot der Malzsurrogate angeregt. Im Weiteren bot die Debatte Nichts von allgemeinem Interesse. Die zweite Etatsberathung wurde zu Ende geführt und die nächste Sitzung auf den 9. Januar anberaumt (Interpellation v. Hertling).

Aus Stadt und Land.

* Leipzig, 18. December. Die vom Rath und den Stadtverordneten beschlossene Einrichtung, die Feuerwehr-Geräthschaften nicht mehr durch menschliche Kräfte transportiren zu lassen, sondern ähnlich wie in Berlin ꝛc. Pferdebespannung einzuführen, ist nunmehr ins Leben getreten und bereits seit einigen Tagen sieht man die Feuerwehrmannschaft in voller Ausrüstung nach verschiedenen Richtungen hin Proben unternehmen. Die Ausrüstung ist eine ebenso praktische als geschmackvolle, die Pferde sind kräftige und flotte Thiere und die ganze Sache macht einen imposanten Eindruck, ganz abgesehen davon, daß die Plackerei der Leute beim Fortbewegen der schweren Requisitenwagen, Spritzen ꝛc. aufgehört hat.

— Siegwart Friedmann tritt heute, Montag den 19. ds., im Neuen Theater zum letzten Male auf. Der Künstler verabschiedet sich in der hier noch nicht gespielten Rolle des Mephistopheles in Goethe's „Faust".

* Leipzig, 18. December. Wie wir bereits im November d. J. mitgetheilt, hat der hiesige Verein für Familien- und Volkserziehung, dessen zehnjährige Wirksamkeit in unserer Stadt ihm das Recht und die Pflicht auferlegt, den am 21. April 1882 stattfindenden hundertjährigen Geburtstag Friedrich Fröbel's zu feiern, beschlossen, diese Feier in Gemeinschaft mit einer Anzahl hiesiger ähnlicher Ziele verfolgenden Vereine zu begehen. Der Frauenbildungsverein, die Gemeinnützige Gesellschaft, die Schrebervereine, der Verein für Volkskindergärten und der Leipziger Lehrerverein haben zur Theilnahme sich bereit erklärt und es werden die Abgeordneten dieser Vereine in der nächsten Zeit zu den gemeinsamen Berathungen über das Programm der Feier zusammentreten. Die Bewegung für die Fröbelfeier ist eine allgemeine und erstreckt sich weit über die Grenzen des Vaterlandes — ja über die Grenzen unseres Welttheils hinaus bis nach Amerika. Unter den mannigfachen Anregungen zu einem Ausdruck der Pietät für die Manen eines Mannes, dessen Bedeutung erst in der Zukunft klarer erkannt werden wird, ist die von Hamburg ausgegangene beachtenswerth. Sie betrifft eine Aufforderung, das Grab Friedrich Fröbel's mit einem würdigen Denkmal zu versehen. Frau von Marenholz-Bülow (Dresden), Dr. Wichard Lange, der Herausgeber der Werke Fröbel's, Director Theodor Hoffmann (beide in Hamburg), Frau Dr Goetschmidt (Leipzig), Hermann Pölche (Rummelsburg) und andere mehr oder weniger bekannte Persönlichkeiten bilden das Comité. Gaben können direct an Herrn J. Fensohn nach Hamburg gesandt werden, doch sind die Comitémitglieder bereit solche in Empfang zu nehmen.

— Die weitbekannte Tiroler Concertsänger-Gesellschaft J. Pizinger aus dem Pusterthal ist wieder in Leipzig eingetroffen, um in dem langjährigen Stammquartier, der neuen Theater-Conditorei, durch heitere Weisen ihre zahlreichen hiesigen Gönner zu erfreuen. Die Gesellschaft besteht aus 4 Damen und 3 Herren, welche gewohnter Maßen im National-Costüm auftreten werden und Denen, als alten lieben Bekannten, ein zahlreicher Besuch sicherlich nicht fehlen dürfte. Das erste Concert findet, wie aus dem Inseratentheil vorliegender Nummer ersichtlich, am Dienstag Abend statt.

— Heute, Montag, findet im Schützenhaus-Etablissement, wie regelmäßig Montags und Donnerstags, großes Concert des Professors Ludwig von Brenner mit der Capelle des Hauses statt. Wie in den vorbezeichneten Concerten hat Herr Professor von Brenner auch für heute Abend ein hochinteressantes Programm aufgestellt, das des

SLUB
Wir führen Wissen.